

Parteien machen gemeinsame Sache

Breites Bündnis der BV-Fraktionen fordert ein: Kompromiss von Moderator Michael Happe zur Bebauung Grüne Harfe soll in den Ratsbeschluss einfließen

Beatrix Stan

„Ich sehe die Sache durchaus optimistisch.“ Michael Happe, Moderator am Runden Tisch zur Bebauung der Grünen Harfe, beurteilt den eingeschlagenen Weg der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und dem für die Linke gewählten Gerald Janke positiv.

In einer gemeinsamen Vorlage an den Rat, der am morgigen Mittwoch entscheiden soll, befürworten die Bezirksvertreter in einem aktuellen Papier parteiübergreifend, dem in dem Gremium ausgehandelten Kompromiss Rechnung zu tragen und die Bauleitplanung Grüne Harfe und das neue Verkehrskonzept für den Werdener Ortskern miteinander zu verknüpfen. Und zwar in einem Zeitplan, der die beiden Maßnahmen aufeinander abstimmt. - so, wie ihn

Planer Happe in der Abschlussitzung des Runden Tisches am 5. Mai vorgelegt hatte (unsere Zeitung berichtete). Ausdrücklich verwiesen wird in der Vorlage der BV IX auch auf den Wunsch der Bürgerinitiative, so genannte Breakpoints einzuführen, quasi anzuhalten, falls der festgelegte Zeitplan nicht Zug um Zug eingehalten werde.

„Die Verknüpfung ist unbedingt notwendig“, argumentiert Daniel Behmenburg, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bezirk IX. „An-



Auch Patrick Widmaier (CDU) befürwortete den Antrag. Foto: Rieck

sonsten könnte sich die Verkehrsplanung über Jahre verzögern, während durch eine mögliche Bebauung bereits zusätzliche Verkehre durch Werdener rollen.“

Durch das angestrebte Junktim im politischen Beschluss werde auch das nötige Vertrauen und damit die nötige Akzeptanz der Baumaßnahme bei der Werdener und Heidhauser Bürgerschaft geschaffen.

Weiterer Knackpunkt: Die Vertreter aus der BV IX fordern, den Begriff Häuser im



Ebenfalls dabei: Daniel Behmenburg (SPD). Foto: Oliver Müller



Bezirksbürgermeister Dr. Michael Bonmann zog mit. Foto: Rieck

Beschlussvorschlag des Amtes für Stadtplanung durch den Terminus Wohneinheiten zu ersetzen. So heißt es darin, die zulässige Bebauung solle sich



Für die Bündnisgrünen mit im Boot ist Peter Maas. Foto: von Born

im Rahmen von 70 bis 100 Einfamilienhäusern bewegen, außerdem fünf Stadtvillen mit je fünf Wohneinheiten. Dazu wurde von Seiten der BI die Befürchtung angemeldet, dass sich hinter den Einfamilienhäusern weitere Wohneinheiten, etwa in Form von Einliegerwohnungen, verbergen könnten. Ein Modell, dem sich nun auch die Vertreter der BV IX entgegen stellen.

Anders sieht das der Grundstückseigentümer Thyssen-Krupp. In der entsprechenden Anlage zum Beschlussvor-



Rainer Wild sprach das Placet für die FDP. Foto: Rieck

schlag für den Rat ist von „100 Einfamilienhäusern, gegebenenfalls mit Einliegerwohnung“, die Rede.

Bei den geplanten Stadtvillen könne es nicht bei einer maximalen Gebäudehöhe von zwölf Metern bleiben, weil sonst darin keine fünf Wohneinheiten untergebracht werden könnten. Desweiteren wird eine „Verquickung“ von Verkehrskonzept und Bauleitplanung zurückgewiesen. Sie komme nicht in Betracht, insbesondere wenn die zu lösenden Verkehrsprobleme bereits



Gerald Janke beteiligte sich als Einzelvertreter. Foto: Rieck

seit Jahren unabhängig von dem Bebauungsplanverfahren bestehen und der beabsichtigte Bebauungsplan letztlich nicht zu einer spürbaren Verschärfung der gegebenen Verkehrsbelastung führt.“

Dies wiederum steht in Widerspruch zu den Wünschen der BV-Fraktionen. Sie wollten die Ergebnisse des Pilotprojekts Bürgerbeteiligung samt der darin erzielten Kompromisse „unbearbeitet und ungefiltert“ von der Verwaltung an den Rat weitergeleitet sehen. Was nicht geschah. Stattdessen haben die BV'ler nun selbst die Initiative ergriffen und im Prinzip genau das nachgereicht, was Stadtdirektor Hans-Jürgen Best nicht in den Vorschlag mit aufgenommen hatte: Der erzielte Konsens solle auch für die Politik bindend sein, denn sonst erzeuge das ganze Verfahren nur Politikverdrossenheit.